

FrankfurterRundschau

Die Frankfurter Rundschau erscheint im Verlag der Frankfurter Rundschau GmbH. Chefredakteur:innen (kommissarisch): Karin Dalka und Michael Bayer

Leitung Redaktionsmanagement: Monika Gemmer

Ressortleitungen: Politik: Christine Dankbar Meinung: Andreas Schwarzkopf Wirtschaft: Tobias Schwab Panorama: Boris Halva Sport: Jörg Hanau Feuilleton / Magazin / FR7: Michael Hesse Frankfurt & Rhein-Main: Stefan Kuhn, Georg Leppert (stellv.) Chef vom Dienst: Stefan Affentraenger Chefreporter: Pitt von Bebenburg Leitende Redakteure: Peter Hanack, Jan-Christian Müller

Redaktion und Verlag: Hedderichstraße 49, 60594 Frankfurt am Main, Tel. 069/2199-1 (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten) Internet: www.fr.de

Geschäftsführer: Dr. Max Rempel

Anzeigen: Achim Pflüger, RheinMainMedia GmbH, Waldstraße 226, 63071 Offenbach, Telefon (069) 7501-33 36, Fax (069) 7501-33 37.

RMM-Anzeigenpreisliste Nr. 29, gültig vom 1. Januar 2024 an.

Erscheint täglich außer sonn- und feiertags.

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstr. 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf.

Vertrieb:

Monatsbezugspreis: 63,90 Euro; E-Paper / FR+: 41,90 Euro; ermäßiger Bezugspreis für Studierende und Auszubildende (gegen Vorlage einer Bescheinigung): 35,90 Euro; Alle Preise inkl. der jeweils gültigen Umsatzsteuer. Zur Auslieferung des Abonnements werden, soweit erforderlich, Abonnementdaten an spezielle Dienstleistungsunternehmen und Zustellpartner weitergegeben. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung.

Für unverlangte Einsendungen übernehmen wir keine Verantwortung. Bankverbindung: Frankfurter Volksbank, IBAN: DE51 5019 0000 6000 1515 89 BIC: FFVBDEFFXXX Verleger bis 1973: Karl Gerold. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH.

Es ist nicht gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, zu ändern, zu verbreiten, dauerhaft zu speichern oder nachzudrucken. Insbesondere dürfen die Inhalte nicht zum Aufbau einer Datenbank verwendet oder an Dritte weitergegeben werden. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte können unter nutzungsrechte@mediengruppe-frankfurt.de erworben werden.

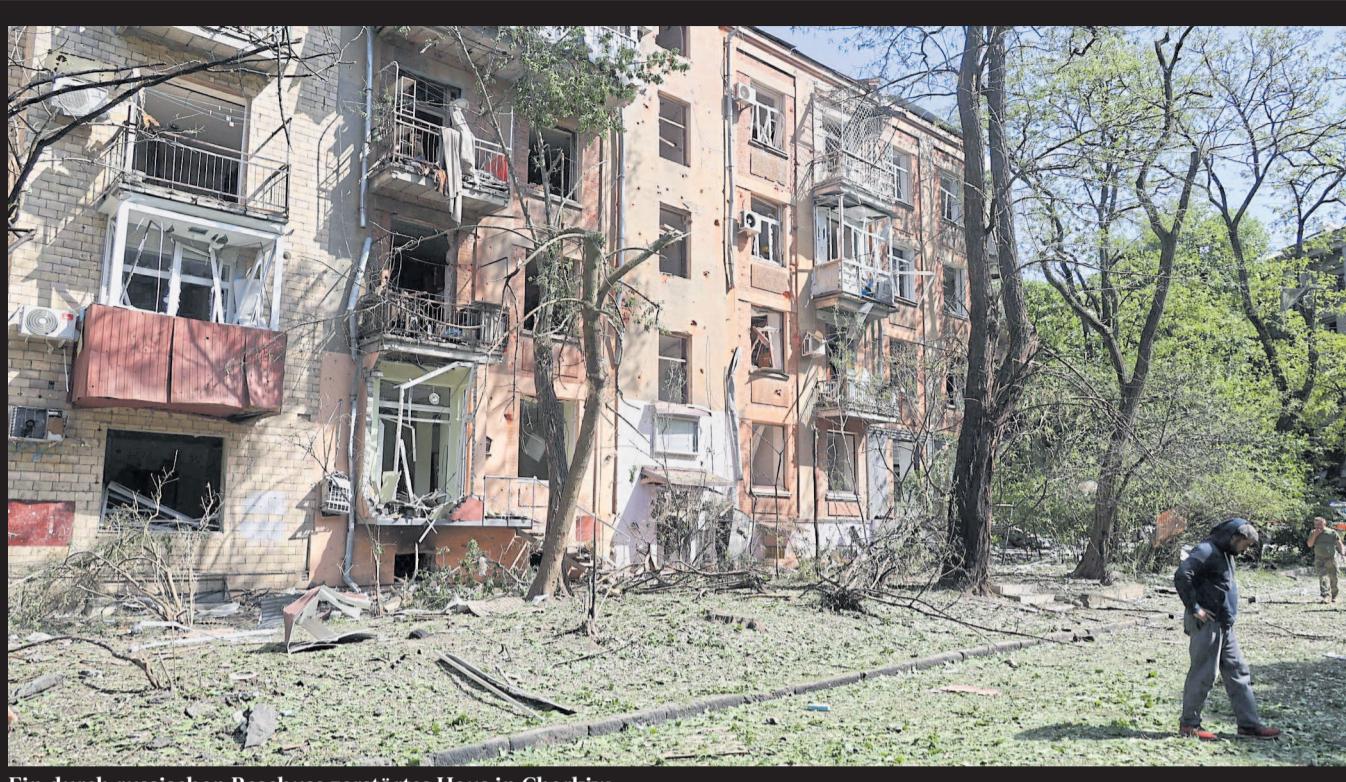
Die FR im Digitalpaket.



Informieren Sie sich unter:

fr.de/digital

FrankfurterRundschau



Ein durch russischen Beschuss zerstörtes Haus in Charkiw.

DPA

FRIEDENSFRAGEN

Kann eine Konfrontation der Nato mit Russland vermieden werden?



„In einigen Hauptstädten wird nachgedacht über eine faktische Teilung der Ukraine.“

Johannes Varwick

ne durch westliche Truppen gesicherte Restukraine. Einige nennen dies „Südkorea“, andere „Deutschland-Modell“.

Die Nato hat nach dem russischen Angriff im Februar 2022 in nachvollziehbarer Weise ihre Verteidigungsplanung angepasst. Durch den Beitritt Schwedens und Finnlands hat sich die beiderseitige Grenzlänge zwischen Allianzterritorium und Russland verdoppelt und es stehen sich künftig Nato- und russische Truppen an einer verlängerten osteuropäischen Konfrontationslinie zwischen Nordnorwegen und dem Schwarzen Meer gegenüber.

Das neue Streitkräfteamodell der Nato sieht eine erhöhte Verteidigungs- und Reaktionsfähigkeit in drei Abstufungen vor, bei dem bis zu 500 000 multinationale Truppen zur Verfügung stehen. Aufgrund deutlicher

konventioneller Unterlegenheit Russlands – das zudem durch erhebliche personelle und materielle Verluste im Krieg gegen die Ukraine kurz- bis mittelfristig kaum zu großen raumgreifenden Operationen gegen

Nato-Gebiet fähig ist – dürfte Russland die Bedeutung von Nuklearwaffen mit kurzer und mittlerer Reichweite in den Vordergrund seiner Militärstrategie rücken. Denn hier hat es eine deutliche Überlegenheit gegenüber den europäischen Nato-Staaten. Auch wird Russland stärker auf hybride Taktiken, von der Unterbrechung westlicher Seekabel bis hin zu Informationskriegen setzen.

Minimalziel muss sein, dass erstens eine direkte militärische Auseinandersetzung und eine unter Umständen sogar nukleare Escalation mit Russland verhindert wird und zweitens die Ukraine diesen Krieg zu möglichst guten Bedingungen übersteht und seine Existenz als souveräner Staat sichert. Ob beides gleichzeitig zu haben ist, wird sich zeigen.

Jedenfalls dürfte die mantralartige Betonung der „ukrainischen Friedensformel“ keine realistische Ausgangslage dafür sein. Zugleich muss eine politische Lösung über den Tag hinausdenken. Denn unabhängig von der Ukrainefrage wird es einen Modus Vivendi zwischen dem Westen und Russland geben müssen, mit dem ihre Koexistenz möglichst belastbar gestaltet werden kann.

ZUR SERIE

Menschen brauchen Frieden. Aber es herrscht Krieg in der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt. Welche Wege können zum Frieden führen?

In der FR-Serie #Friedensfragen suchen Expertinnen und Experten seit Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine nach Antworten auf viele drängende Fragen. Angeichts aktueller Entwicklungen weiten wir den Blick und schauen auch auf Friedensperspektiven für andere Regionen.

Dabei legen wir Wert auf eine große Bandbreite der Positionen – die keineswegs immer der Meinung der FR entsprechen. Alle Artikel finden sich auch auf www.fr.de/friedensfragen

Johannes Varwick lehrt internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Auch wenn niemand vorhersehen kann, ob der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine in absehbarer Zeit beendet werden kann und wie er endet: In diesem Krieg gibt es keine guten Optionen mehr.

Für die in Trümmern liegenden europäische Sicherheitsarchitektur heißt das, dass selbst eine Minimalstabilisierung nur gelingen kann, wenn der Krieg in der Ukraine nicht in einen Krieg um die Ukraine eskaliert. Deshalb sollte die dauerhafte westliche Unterstützung so angelegt sein, dass die Nato nicht zur Kriegspartei wird oder Kompromissangebote für Moskau faktisch unmöglich werden.

Die Nato und Russland werden selbst im besten Fall – also der Vermeidung einer direkten militärischen Konfrontation in der Ukraine – auf lange Sicht in einem Zustand scharfer Konfrontation miteinander leben müssen. Dies geschieht in einer Lage, in der Rüstungskontrolle nahezu komplett erodiert ist und es in einem von gegenseitigem Misstrauen geprägten politischen Klima jederzeit zu Zwischenfällen und Fehlkalkulationen kommen kann. Man kann nur hoffen, dass es minimale „Backchannel-Kontakte“ gibt, die ein Mindestmaß an Berechenbarkeit gewährleisten.

Nach Vorstellungen ihres Generalsekretärs will die Allianz auf ihrem Gipfel im Juli 2024 ein eigenes Budget in Höhe von 100 Milliarden Euro für die kommenden fünf Jahre zur Unterstützung der Ukraine auflegen. Sie will zudem die Koordination der Waffenlieferungen und der Ausbildung ukrainischer Soldaten übernehmen, die bisher unter Führung der USA im sogenannten Ramstein-Format durchgeführt wird.

Auch soll es einen Nato-Rahmen für die künftigen bilateralen Sicherheitsabkommen geben. Solche Vereinbarungen haben eine Reihe von Staaten, darunter Deutschland im Februar 2024, abgeschlossen. Es geht dabei um auf zehn Jahre angelegte Vereinbarungen über Sicherheitszusammenarbeit und langfristige Unterstützung zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und der Ukraine. Verbindliche Sicherheitsgarantien vergleichbar einem Nato-Beitritt sehen diese Abkommen verhüttigungsweise nicht vor.

Inzwischen wird offenkundig in einigen Hauptstädten aber auch darüber nachgedacht, ob es eine Option sein könnte, bei einem absehbaren Durchbruch Russlands durch die Frontlinie eigene Truppen westlich des Dnipro zu stationieren, um Russland von einem Übertritt abzuhalten. Die Folge wäre eine faktische Teilung der Ukraine in einen russisch besetzten Osten und Südosten und ei-